

Landkreis Vechta
Der Landrat
Ravensberger Str. 20
49377 Vechta

Visbek, 16.12.16

Änderungsantrag nach § 9 der Geschäftsordnung

Ergänzungsantrag:

Im Haushaltsplan 2017 werden an geeigneter Stelle mindestens 40.000,- € zur finanziellen Unterstützung einer Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter*innen bereitgestellt.

Begründung:

Die Arbeit der Beratungsstelle des „Netzwerkes für Menschenwürde in der Arbeitswelt“ wurde vor kurzem eingestellt, da aufgrund der Vielzahl der Fälle und der daraus resultierende Belastung eine private ehrenamtliche Bearbeitung nicht länger aufrecht gehalten werden konnte.

Kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen streben die Neueinrichtung einer Rechtsberatungsstelle für die Region an, also für den Landkreis Cloppenburg und für den Landkreis Vechta. Zu klären sind unter anderem die Trägerfrage, die Personenfrage und die Finanzierungsfrage. Erste Spender haben ihre Spendenzusagen gemacht. Die Projektpartner würden eine finanzielle Unterstützung durch den Landkreises Vechta für das Jahr 2017 sehr begrüßen.

Aus meiner Sicht sollte die Finanzierungshilfe allein schon aus Gründen der Menschlichkeit zugesagt und im Haushalt eingeplant werden. Damit können wir ein deutliches Signal setzen gegen die Ausbeutung von Menschen durch Missbrauch der Werkvertrags- und Leiharbeit.

Wenn wir den betroffenen Menschen über die Beratungsstellen die Möglichkeit geben, arbeitsrechtlich beraten und vertreten zu werden, dann helfen wir diesen Menschen und gleichzeitig tragen wir dazu bei, dieses menschenunwürdige System vor Ort zu bekämpfen.

Denn dieses passt nach meiner Auffassung in keinster Weise zu unseren Wertvorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft. Ich gehe davon aus, dass diesbezüglich fraktionsübergreifender Konsens herrscht, und bitte der Überweisung an den geeigneten Fachausschuss für den ersten Sitzungsdurchlaufes 2017 zuzustimmen.

Dipl.-Ing. Josef Diersen
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen

„Wenn alle schweigen, ist das wie Mafia“ OV 01.12.16

Prälat Peter Kossen macht sich für die Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter stark / Er hofft auf Geldgeber

Nicht zu wenig sondern zu viel Arbeit machte es den Ehrenamtlichen unmöglich, ihre Dienste fortzusetzen. Nun wird nach einer neuen Lösung gesucht.

Cloppenburg (hib/ah). „Das „Krebsgeschwür der Ausbeutung wuchert von hier aus und muss von hier aus auch bekämpft werden.“ Für Prälat Peter Kossen gibt es daher keinen Zweifel: Die Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter in Cloppenburg, die vor wenigen Wochen geschlossen worden war, muss fortbestehen. Zahlen sollen Spender. Dafür machen sich das Offizialat und das „Netzwerk für Menschenwürde in der Arbeitswelt“ nun stark. Denn die Beratung sei nötig, so Kossen.

Ein Beweis für diese These sitzt neben ihm: Anna (Name geändert) hatte nach Angaben des Offizialats in Polen in einem Reisebüro gearbeitet und einen Deutschen geheiratet. Als die Ehe zerbrach, kam die heute 48-jährige als Leiharbeiterin nach Cloppenburg.

Am schlimmsten war es in der Fleischbranche. In einer Fleischerei sei der Chef völlig verächtlich mit den polnischen Frauen umgegangen, hätte sie voreinander erniedrigt und angespuckt. Anna nannte er „meine polnische Sklavin“.

„In einer solchen Firma darfst du nicht krank werden. Wer krank wird, fliegt“, erzählte Anna weiter bei einem Pressegespräch im weihnachtlich geschmückten Forum St. Andreas, wo die Beratungsstelle ihren Sitz hatte. Als sie einmal ein geschwollenes Bein hatte, schickte



Werben um Geld für die Beratung: Audra-Brinkhus-Saltys und Prälat Peter Kossen (rechts) im Gespräch mit Journalisten. Foto: Heuer

sie ihr Chef zwar zum Arzt, schärfte ihr aber ein, keine Krankschreibung zu bringen. Die Schwellung stellte sich als Thrombose heraus, Anna musste operiert werden. Als sie aus dem Krankenhaus zurückkam, wollte sie aus Angst vor einer Kündigung gleich in den Betrieb. Ihr Freund war dagegen. Als sie nach drei Wochen wieder zur Arbeit erschien, bekam sie ihre Kündigung. „Und dabei habe ich dort einige Jahre für zwei Personen gearbeitet“, sagt sie. Bekommen habe sie 930 Euro Brutto im Monat.

Auf der Suche nach Arbeit landete sie bei einem Paketzusteller. Ihr Stundenlohn: 2,50 Euro. Heute habe sie einen anderen Job. Die Arbeit gefällt ihr prin-

zipiell, doch trotz gleicher Arbeit bekomme sie fast vierzig Prozent weniger Lohn als ihre fest angestellten Kollegen.

Hilfe hat Anna in der Beratungsstelle für osteuropäische Werkvertragsarbeiter erhalten. Über drei Jahre gab es dieses Angebot im Forum St. Andreas, erzählte Audra Brinkhus-Saltys. Neben ihrem Mann, der als Arbeitsrechtler jede Woche bis zu 15 Hilfesuchende beraten und jedes Jahr für sie einige Hundert Prozesse erfolgreich geführt hat, engagierten sich hier auch andere Frauen und sie selbst als Dolmetscherinnen und Begleiterinnen für verzweifelte Menschen. Alle haben ohne Honorar gearbeitet. Die Cloppenburg-Beratungsstelle sei bundesweit

die einzige ihrer Art gewesen, sagte Brinkhus-Saltys. Im September musste die Arbeit eingestellt werden, der Aufwand war nicht mehr zu bewältigen. Trotz mehrfacher Aufrufe hatte sich kein Arbeitsrechtler gefunden, der die Aufgabe übernehmen wollte. „Und dabei ist sie bitter nötig, denn wir haben es ständig mit Unternehmern zu tun, die das Recht brechen“, wird Brinkhus-Saltys zitiert.

Die Ausbeutung der Arbeiter geschehe inzwischen in vielen Branchen – auch mit deutschen Arbeitnehmern. „Das Arbeitsrecht wird bei uns immer mehr ausgehöhlt auf Standards wie vor achtzig bis einhundert Jahren“, betonte sie. Allein in Nordwestdeutschland gebe es inzwischen

20000 Werkvertragsarbeiter und 40000 Leiharbeiter.

„Ich sehe eine moralische Pflicht der Region, diese Beratungsstelle weiterzuführen“, sagte Prälat Peter Kossen, bis Ende des Monats kommissarischer Leiter des Bischöflich Münsterschen Offizialats. Er sieht hierbei die Wirtschaft in der Pflicht, die Kommunen und auch die Kirchen. „Wenn alle schweigen, ist das wie Mafia.“

Weitermachen möchte auch Stefan Eisenbart, Sprecher des Netzwerks Menschenwürde in der Arbeitswelt (Mida), das die Beratungsstelle initiiert hatte. Dem Netzwerk gehören 16 kirchliche, partei- oder gewerkschaftsnahe Organisationen und Verbände an. Was fehlt? Geld.